



PIRATENGRUPPE

IM RAT DER STADT KÖLN

An Frau Oberbürgermeisterin

Henriette Reker

Thomas Hegenbarth

Lisa Gerlach

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 30.03.2017

AN/0529/2017

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|---------|-------------------|
| Rat | 04.04.2017 |

Hate-Speech, Mobbing und Hasskriminalität in Köln

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

Das AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln wurde nach dem Start der Kampagne „Ich bin kein Kostüm“ anlässlich des Kölner Karnevals, die von mehreren Kölner Initiativen und Organisationen ins Leben gerufen worden war, im Netz mit Hasskommentaren und Drohungen übersät. Auf der Facebook-Seite des Vereins „Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.“ musste schließlich der Werbepost für die Kampagne gelöscht werden, weil die mehrere tausend Hasskommentare nicht mehr zu bewältigen waren.

Im Internet sind Hass und Hetze gegen Flüchtlinge, Journalistinnen und Journalisten, Politikerinnen und Politiker, Feministinnen und Feministen, religiöse Gruppierungen und politisch vermeintlich Andersdenkende mittlerweile an der Tagesordnung, besonders im sogenannten Social-Web. „Mobbing“ und „Hate-Speech“ richtet sich dabei sehr oft gegen Frauen.

Die Piratengruppe fragt regelmäßig nach der Entwicklung von Straftaten im Bereich der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und nach Maßnahmen dagegen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Welche Angebote für Betroffene von Hate-Speech, Hasskriminalität und Mobbing gibt es in Köln?

2. Wie viele Weiter- und Fortbildungen gab es seit dem Jahr 2014 für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Köln zum Thema „Hate-Speech“, „Hasskriminalität“ und „Mobbing“ in Köln, und welche Maßnahmen ergreift die Stadt, wenn eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder die Social-Web-Präsenz der Stadt von „Hate-Speech“ usw. betroffen sind?
3. Welche Kenntnisse hat die Stadt Köln über menschenfeindliche Straftaten, Demonstrationen, Hetze usw. in Köln seit der Vorlage 2764/2016 und deren Anlage?
4. Die Zahl der Opfer rassistischer/menschenfeindlicher Übergriffe war auch im Jahr 2016 sehr hoch. Hat sich dies auf die Ausstattung der Antidiskriminierungs- und Opferberatungen in Köln ausgewirkt, so dass die Stellen und Kapazitäten jetzt ausreichen?
5. Wie viele Betroffene haben sich seit der Vorlage 2764/2016 bei den Beratungs- und Antidiskriminierungsstellen gemeldet? (Bitte nach Monaten und – soweit es der Datenschutz zulässt – Anlässen aufschlüsseln.)

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach